

AHV und KMU schwächen?

NEIN zum Finanzierungs- Verbot der GSoA

- ✗ NEIN zu teuren Verboten für
AHV und Pensionskassen**
- ✗ NEIN zu Schäden für KMU und
Arbeitsplätze**
- ✗ NEIN zur politischen
Bevormundung der
Nationalbank**

Die Initiative

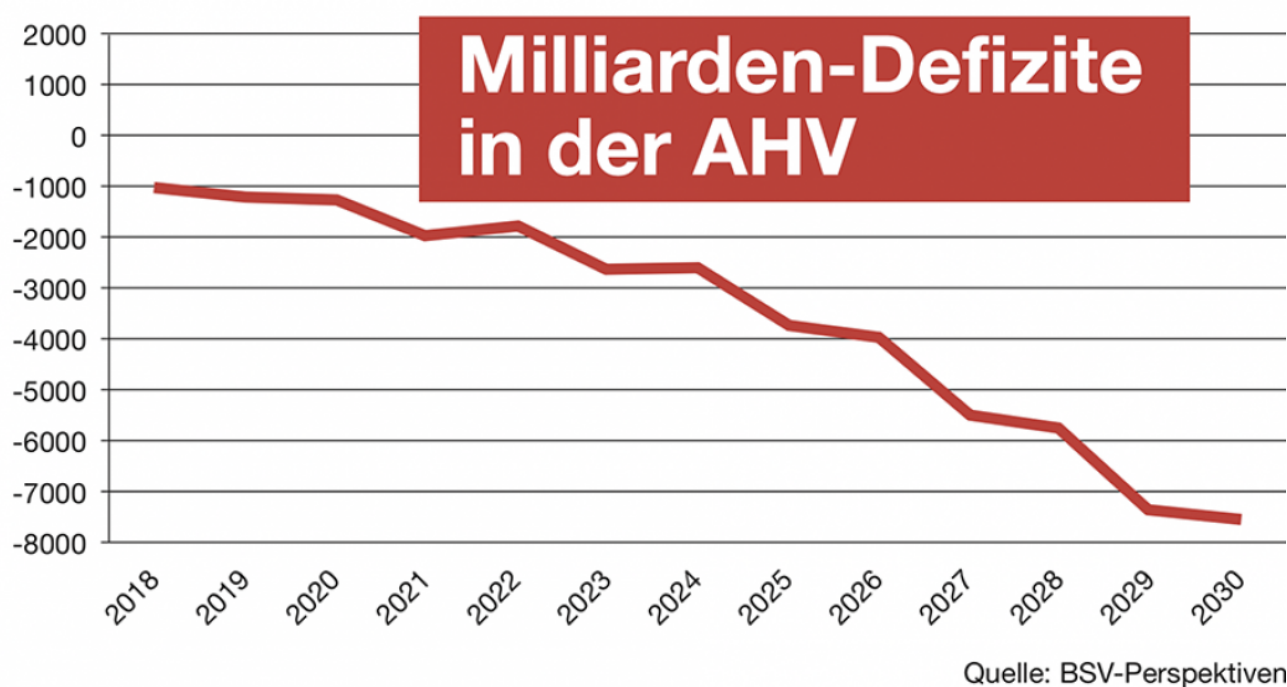
Die GSoA-Initiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» ist ein Angriff der Armeeabschaffer auf die soziale Sicherheit und die Nationalbank. Sie schadet AHV, Pensionskassen und KMU. Die Initiative gefährdet nicht nur die militärische, sondern auch die soziale Sicherheit. Sie schadet der Wirtschaft und kostet Arbeitsplätze.

Die GSoA (Gruppe Schweiz ohne Armee) will die Armee abschaffen. Das Vorhaben ist an der Urne mehrmals gescheitert. Nun versuchen es die Armee-Gegner mit einem Verbot der Finanzierung von Rüstungsgütern. Dafür sieht die Initiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» eine starre Quote vor: AHV, IV, EO und Pensionskassen, Stiftungen und Nationalbank wird die Finanzierung von Unternehmen untersagt, die mehr als 5 Prozent ihres Umsatzes mit der Herstellung von Rüstungsgütern erwirtschaften. Für Banken und Versicherungen sollen die gleichen Bedingungen gelten. Letztlich will die GSoA, dass sich der ganze Finanzplatz nach den Vorgaben richtet.

Die bürokratische Initiative schwächt unsere AHV und schadet vielen KMU. Sie verteuert die Anlagemöglichkeiten der Sozialwerke und erhöht die Risiken. Die Finanzierung der

Unternehmen wird erschwert. Die Initiative verdient ein klares NEIN!

Kampagnen-News



GSoA-Initiative verschlimmert Situation für AHV und Pensionskassen

Es ist absolut unverständlich, dass die GSoA ausgerechnet AHV und Pensionskassen ins Visier nimmt. Die Initiative belastet das angeschlagene Schweizer Sozialsystem mit teuren Verboten und schädigt uns alle und insbesondere

die sozial Schwächsten. Das ist fahrlässig. Unsere Altersvor-sorge darf um keinen Preis aufs Spiel gesetzt werden.

(<https://gsoa-nein.ch/gsoa-initiative-verschlimmert-situation-fuer-ahv-und-pensionskassen/>)



Zuger Wirtschaftskammer sagt Nein zum Finanzierungs- Verbot

Die Zuger Wirtschaftskammer lehnt die Volksinitiative «Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» ab. Die Initiative setzt auf Instrumente und Massnahmen, die weder international abgestimmt noch zielführend sind.

(<https://gsoa-nein.ch/zuger-wirtschaftskammer-sagt-nein->

zum-finanzierungs-verbot/)